Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 15.04.2020
Dezernat VI	Amt Amt 66	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0113/20

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	21.04.2020	nicht öffentlich
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	07.05.2020	öffentlich
Stadtrat	14.05.2020	öffentlich

Thema: Rückkehr der Ampelfrau

Mit Beschluss-Nr. 2359-064/VI)19 (A0015/19) wurde in der Sitzung des Stadtrates am 24.01.2019 der Oberbürgermeister gebeten zu prüfen,

*„...welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit die Ampelfrau auf die Fußgänger*innen-Ampeln der Landeshauptstadt Magdeburg zurückkehren kann.“*

Die Verwaltung teilt nachfolgendes Prüfergebnis mit:

Für die Darstellung von Sinnbildern an Lichtsignalanlagen sind ausschließlich die Regelungen in der StVO maßgeblich. Mithin ist dieser Vorgang dem übertragenen Wirkungsbereich zuzuordnen. Mit Schreiben vom 17.07.2019 hat sich die Landeshauptstadt Magdeburg an die zuständige obere Straßenverkehrsbehörde im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt mit der Bitte gewandt, dass die „Ampelfrau“ für die Lichtsignalanlagen der Landeshauptstadt Magdeburg als Sinnbild verwendet werden darf. Im Schreiben wurde dargelegt, dass schon aus dem Namen der Landeshauptstadt und ihrem Wappen hervorgeht, dass Frauen für die Stadt eine besondere Bedeutung haben. Historisch wurde auf Königin Editha und Kaiserin Adelheid von Burgund abgehoben. Letztlich wurde auf die vielen Magdeburgerinnen, die in dem Lexikon „Frauen in Sachsen-Anhalt“ von Eva Labouvie genannt sind, hingewiesen.

Mit Schreiben vom 07.11.2019 antwortete das Landesverwaltungsamt, Referat Verkehrswesen, unter Hinweis auf die Regelungen der StVO, dass für die Zulassung des von der Stadt begehrten Sinnbildes einer Fußgängerin kein Raum bestehe. Insbesondere könne keine Ausnahmegenehmigung nach § 46 Abs. 2 StVO erteilt werden, weil diese Norm keine Ermächtigung dahingehend sei, abweichend vom Ausschließlichkeitsgrundsatz neue Sinnbilder mit Wirksamkeit gegenüber allen Verkehrsteilnehmern zuzulassen. Diese Befugnis obliege allein dem Bundesgesetzgeber bzw. dem BMVI. Auf eine Anfrage des Bundestages bezüglich der Zulassung anderer Sinnbilder betonte die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 22.01.2019 (Bundestagsdrucksache 19/7341), dass Verkehrszeichen eine eindeutige Aussage treffen und schnell auf den ersten Blick für jedermann verständlich erkennbar sein müssen. Die Verwendung von Phantasiezeichen könne hingegen zu Irritationen bei den Verkehrsteilnehmern führen.

Daher kann die „Ampelfrau“ leider nicht auf die Lichtsignalanlagen der Landeshauptstadt Magdeburg zurückkehren.

Dr. Dieter Scheidemann